

34. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 09. bis 11. Mai 1983

Die Unternehmensbesteuerung aus der aktuellen Sicht des Gesetzgebers, der Verwaltung sowie der Rechtsprechung

Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, BMF, Bonn

- I. Unternehmensbesteuerung und Wirtschaftsentwicklung
- II. Das steuerpolitische Programm der Regierungskoalition
- III. Notwendige Änderungen des Körperschaftsteuerrechts
 1. Änderungen der §§ 27 bis 29 KStG
 2. Steuerliche Behandlung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung
- IV. Noch einmal: Die steuerliche Behandlung von Publikums-Kommanditgesellschaften
 1. Abgrenzung einer Gesellschaft von einer nichtrechtsfähigen körperschaftlich organisierten Personenvereinigung
 2. Steuerrechtliche Bedeutung der Abgrenzung einer Gesellschaft von einer nichtrechtsfähigen körperschaftlich organisierten Personenvereinigung
- V. Die ertragsteuerliche Behandlung von sog. Wertpapier-Pensionsgeschäften
- VI. Betriebsausgabenabzug für die Direktversicherung eines Arbeitnehmer-Ehegatten

Grundsatzfragen zur Änderung von Steuerbescheiden nach § 173 AO

(Darstellung anhand praktischer Fälle)

Dr. Georg Grube, Vorsitzendem Richter am Finanzgericht Baden-Württemberg, Stuttgart

Vorbemerkungen

- I. Nachträglich bekannt gewordene Tatsachen und Beweismittel
 1. Begriffsbestimmung
 2. Verhältnis der Tatsache zum Beweismittel
 3. Nachträglich entstandene Beweismittel
Plädoyer gegen die herrschende Meinung
- II. Erheblichkeit des nachträglich bekannt gewordenen Sachverhalts
 1. Das Prinzip
 2. Nachholung von Anträgen?
 3. Tragweite von Rechtsprechungsänderungen
- III. Änderung zugunsten des Steuerpflichtigen
 1. Abgrenzung zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
 2. Begriff des groben Verschuldens
 3. Verantwortungsbereich des Steuerpflichtigen
 4. Zurechnung des Verschuldens von Angehörigen der steuerberatenden Berufe?
 5. Folgerungen
- IV. Zusammenfassung

**Private Vorsorge oder betriebliche Altersversorgung?
(Ein Vergleich aus steuerrechtlicher, betriebswirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Sicht)**
Rechtsanwalt Peter Ahrend, Wiesbaden, Fachanwalt für Steuerrecht

- I. Ausgangslage
 1. Die gesetzliche Rente als Basisversorgung
 2. Die Finanzierungsstruktur der betrieblichen Altersversorgung
 3. Private Vorsorge
- II. Private Vorsorge und betriebliche Altersversorgung im geltenden Steuerrecht
 1. Private Vorsorgeaufwendungen und Versorgungsbezüge
 2. Betriebliche Versorgungsaufwendungen und Versorgungsbezüge
 3. Mischformen
- III. Private Vorsorge und betriebliche Altersversorgung aus betriebswirtschaftlicher Sicht
 1. Private Vorsorge als Einkommensverwendung
 2. Betriebliche Versorgung als zusätzliches Entgelt
 3. Betriebliche Versorgung mit Beitragsbeteiligung der Begünstigten
- IV. Unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung bei der privaten Vorsorge und der betrieblichen Altersversorgung
 1. Private Vorsorge als freiwilliges Sparen
 2. Betriebliche Altersversorgung als Zwangssparen
- V. Private Vorsorge und betriebliche Altersversorgung

1. Generalthema

Die neuen Verwaltungsgrundsätze zu den Verrechnungspreisen

Teil I:

Einkunftsabgrenzung bei international verbundenen Unternehmen

zum BMF-Schreiben vom 23. Februar 1983

Ministerialrat Thomas Menck, Bundesfinanzministerium Bonn

- I) Die Verrechnungspreise multinationaler Unternehmen
 - 1) Problem und wirtschaftliche Tragweite
 - 2) Der Grundsatz des Fremdvergleichs
 - 3) Rechtscharakter und Konkretisierung des Grundsatzes des Fremdvergleichs
 - 4) Die „Verwaltungsgrundsätze“ des BMF-Schreibens vom 23. Februar 1983
- II) Die allgemeinen Grundsätze der Einkunftsabgrenzung
 - 1) Die Umsetzung des „Grundsatzes des Fremdvergleichs“ durch die Unternehmen und ihre Überprüfung durch die Steuerverwaltung
 - 2) Die „Standardmethoden“
 - 3) Die Gestaltung von innerkonzernlichen Rechtsbeziehungen
 - 4) Mitwirkungspflichten
- III) Regelungen für Einzelgebiete
 - 1) Warenlieferungen und Dienstleistungen
 - 2) Zinsen und ähnliche Vergütungen
 - 3) Nutzungsüberlassung von Patenten und Know-how
 - 4) Verwaltungsbezogene Leistungen im Konzern
- IV) Einkunftsabgrenzung durch Umlageverträge
 - 1) Grundsätzliches zum Umlagevertrag
 - 2) Wesentliche Züge von Vertragsinhalt und Vertragsdurchführung
 - 3) Unternehmerische Probleme beim Einsatz von Umlageverträgen

- V) Die „Verwaltungsgrundsätze“ und die internationale Entwicklung
- 1) Allgemeines
 - 2) Probleme der internationalen Abstimmung
 - 3) Anrufung des Verständigungsverfahrens
 - 4) Mittel- und langfristige Weiterentwicklung

Teil II:

Ausgewählte Zweifelsfragen zu den Verwaltungsgrundsätzen

Dipl.-Volkswirt Dr. Diether Schelle, Stuttgart, Steuerberater

Einführung

1. Rechtsgrundlagen zur Einkunftsabgrenzung
2. Allgemeine Grundsätze zur Einkunftsabgrenzung
 - a) Der ordentliche Geschäftsleiter und die Maßgeblichkeit des jeweiligen Geschäfts"
 - b) Das funktionsschwache Unternehmen und die verlängerte Werkbank
 - c) Die drei Standardmethoden, ihre Anwendung und Prüfung
3. Warenlieferungen und Dienstleistungen
 - a) Die VG und die Zahlungsmoral
 - b) Zuordnung der Kosten der Werbung
4. Zinsen und ähnliche Vergütungen
 - a) Der maßgebende Soll-Zinssatz
 - b) Bürgschafts- und Patronatserklärung
5. Nutzungsüberlassung immaterieller Wirtschaftsgüter
 - a) Wirtschaftlicher Nutzen trotz Nicht-Nutzung
 - b) Zur Höhe der Lizenzgebühr: Der verbleibende „angemessene Betriebsgewinn“
6. Verwaltungsbezogene Leistungen im Konzern
7. Einkunftsabgrenzung durch Umlageverträge

Teil III:

Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern
unter Leitung von

Rechtsanwalt Helmut Becker, Düsseldorf Fachanwalt für Steuerrecht

2. Generalthema

Geschenke, Spenden und Schmiergelder in Gesellschaftsrecht und Steuerrecht

Teil I:

Unentgeltliche Zuwendungen durch Unternehmen als vertragsrechtliches und als gesellschaftsrechtliches Problem

Professor Dr. Uwe H. Schneider, Darmstadt/Mainz

- I. Der rechtstatsächliche Hintergrund: Geschenke, Spenden und Schmiergelder durch Unternehmen
- II. Begriffliche Abgrenzung und Fragestellung
- III. Schranken für die Zulässigkeit unentgeltlicher Zuwendungen durch Unternehmen
 1. Strafrechtliche Schranken
 2. Wettbewerbsrechtliche Schranken
 3. Internationale Verhaltensrichtlinien
- IV. Vertragsrechtliche Folgen
 1. Unentgeltliche Zuwendungen im Inland
 2. Unentgeltliche Zuwendungen bei Auslandsgeschäften
- V. Unentgeltliche Zuwendungen im Gesellschaftsrecht
 1. Das Problem
 2. Unentgeltliche Zuwendungen als Maßnahme der Geschäftsführung
 3. Maßstäbe ordnungsgemäßer Geschäftsführung
 4. Wirtschaftsaufsicht durch Rechtsprechung?

5. Einlagenrückgewähr und verdeckte Gewinnausschüttung durch unentgeltliche Zuwendungen an Dritte
6. Der Auskunftsanspruch des Gesellschafters
7. Der Anspruch auf Aufwendungsersatz

Teil II:

Geschenke, Spenden und Schmiergelder im Steuerrecht

Professor Dr. Joachim Lang, Darmstadt

- I. Einleitung
- II. Steuerliche Abzugsfähigkeit der Geschenke
 1. Der Betriebsausgabenabzug der Geschenke
 - a) Abgrenzung der betrieblich veranlassten Geschenke zu den Privatgeschenken
 - b) Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs durch das Geschenkabzugsverbot in § 4 Abs. 5 Nr. 1 EStG
 2. Der Werbungskostenabzug der Geschenke
- III. Steuerliche Abzugsfähigkeit der Spenden
 1. Inhalt und grundsätzliche Bedeutung des Spendenabzugs nach § 10 b EStG
 2. Verhältnis des § 1 Ob EStG zu dem Betriebsausgabenabzug und dem Werbungskostenabzug
 3. Steuerliche Abzugsfähigkeit der Parteispenden
 - a) Verfassungsrechtlich gebotene Begrenzung des Parteispendenabzugs in § 1 Ob Abs. 2 EStG
 - b) Mittelbare steuermindernde Parteienfinanzierung
 - (i) Mittelbare steuermindernde Parteienfinanzierung über staatsbürgerliche Vereinigungen durch Sonderausgabenabzug nach § 1 Ob Abs. 2 EStG
 - (ii) Mittelbare steuermindernde Parteienfinanzierung durch Betriebsausgabenabzug
 - (iii) Mittelbare steuermindernde Parteienfinanzierung durch Werbungskostenabzug
 4. Abzugsfähigkeit der Spenden im Körperschaftsteuerrecht
 - a) Handelsrechtlicher Aufwand, verdeckte Gewinnausschüttung und Abziehbarkeit der Spenden als Betriebsausgaben oder Werbungskosten
 5. Der Spendenabzug nach § 9 Nr. 3 KStG
- IV. Steuerliche Abzugsfähigkeit der Schmiergelder
- V. Resümee

Teil III:

Ausprache mit den Referenten und Teilnehmern
unter Leitung von
Dieter Rönitz, Düsseldorf
Präsident des Finanzgerichts

3. Generalthema

Zurechnungsprobleme bei Gesamthandsgemeinschaften

Teil I:

Zurechnungsprobleme bei Gesamthandsgemeinschaften

Ein Beitrag zum Umgang mit Generalklauseln

Professor Dr. Heinrich Wilhelm Kruse, Bochum

1. Einleitung
2. Wirtschaftliche Grundlagen und zivilrechtliche Vorfragen
3. Unsicherheit über die Anwendung des § 39 Abs. 2 Nr. 2 AO
4. Zur Signalfunktion von Generalklauseln
5. Zur Nichtanwendung des § 39 Abs. 2 Nr. 2 AO auf steuerrechtsfähige Gesamthandsgemeinschaften
6. Die möglichen Aussagen des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG in Bezug auf § 39 Abs. 2 Nr. 2 AO
7. Zusammenfassung

Teil II:

§ 39 AO und die Gewinnermittlung für Mitunternehmer

Dr. Manfred Groh, München, Richter am Bundesfinanzhof

1. Der Entwicklungsgang
2. Die Bedeutung des Quotengedankens
3. Zum Verhältnis zwischen Gemeinschafts- und Quotenrechnung
 - a) Unterordnung der Quotenrechnung
 - b) Selbständigkeit der Quotenrechnung
 - c) Konflikt zwischen Quoten- und Gemeinschaftsrechnung bei Geschäften zwischen Gesellschaft und Gesellschafter
 - d) Konfliktregelung bei Sondervergütungen
4. Die Gemeinschaftsbilanz der Mitunternehmerschaft

Teil III:

Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern
unter Leitung von
Professor Dr. Heinrich Wilhelm Kruse, Bochum

4. Generalthema

Gestaltung und Durchführung von Vermögensübergängen unter zivilrechtlichen und steuerrechtlichen Gesichtspunkten

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referent und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:
Rechtsanwalt u. Notar Dr. Jürgen Ebeling, Fachanwalt für Steuerrecht, Hannover

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Referenten und Teilnehmern unter Leitung von:
Professor Dr. Ludwig Schmidt, München Richter am Bundesfinanzhof

und Mitwirkung von:
Regierungsdirektor Dr. Jürgen Nolte, Bonn Bundesfinanzministerium

1. Vertragliche Begrenzung des erbrechtlichen Zugewinnausgleichs und Mehrerwerb aufgrund Verfügung von Todes wegen
2. Wahlrecht der Erben entsprechend Realteilungsgrundsätzen des BFH-Urteils vom 19.1.1982 — VIII R 21/77 —, BStBl II 1982, 456
3. Ausgleich von Vorempfängern im Rahmen eines Erbauseinandersetzungsvertrages — Wahlrecht der Erben entsprechend Grundsätzen zur Teilungsanordnung?
4. Übertragung eines Einzelunternehmens in vorweggenommener Erbfolge — Berechnung der Schenkungsteuer und einkommensteuerliche Überlegungen
5. Anwendung des § 7 Abs. 7 ErbStG bei Übertragung eines Teils eines Gesellschaftsanteils unter vermögensteuerlichem Wert?
6. Zur Verfügungsbeschränkung des Vorerben in seiner Eigenschaft als Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft oder Kapitalgesellschaft — Hinweis auf das BGH-Urteil vom 6.10.1980 — II ZR 268/79 —, NJW 1981, 115 = DB 1980, 2384 = BB 1980, 1713, sowie erbschaftsteuerliche und einkommensteuerliche Aspekte
7. Einräumung und spätere Veräußerung einer echten stillen Gesellschaftsbeteiligung an einer Personenhandelsgesellschaft - Anwendung des BFH-Urteils vom 11.2.1981 — I R 98/76 -, BStBl II 1981, 465

5. Generalthema

Möglichkeiten und Grenzen der Bilanzpolitik der Unternehmen in schwierigen Zeiten

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Steuerberater Dr. Wolfgang Haug, Stuttgart Syndikus Werner Letters, Stuttgart

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Referenten und den Teilnehmern unter Leitung von:
Bruno Gassner, Stuttgart Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

und Mitwirkung von:

Professor Heinrich Beisse, München Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

Dr. Hermann Clemm, München Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater

Dr. Georg Döllner, München Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

Hans Joachim Fleck, Karlsruhe Richter am Bundesgerichtshof

Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, Bonn Bundesfinanzministerium

- A. Einleitung
- B. Ausgliederung von Grundstücken zur Gewinnrealisierung in der Handelsbilanz
 - I. Gewinnverwirklichung bei Veräußerungen an verbundene Unternehmen als Maßnahme der Bilanzpolitik
 - II. Veräußerung und Realisationsprinzip
 - 1. Veräußerung an Tochter-Kapitalgesellschaft (Fall a)
 - 2. Veräußerung an Tochter-Personenhandelsgesellschaft (Fall b)
 - 3. Veräußerung an eine Tochter-GbR (Fall c)
 - a) Handelsrecht
 - b) Steuerrecht
 - III. Aussprache
- C. Rangrücktritt bei Gesellschafter-Darlehen an eine Aktiengesellschaft
 - a) Rangrücktritt eines Gesellschafterdarlehens
 - b) Aussprache
 - II. Einbringen des im Rang zurückgetretenen Teilbetrags von 1 Mio. DM des Gesellschafterdarlehens im Wege der Kapitalerhöhung
 - III. Einbringung des Restdarlehens von 1,5 Mio. DM im Wege der Kapitalerhöhung
 - IV. Aussprache
- D. Aktivierung von Sondereinzelkosten des Vertriebs; Realisierung von Teilgewinnen
 - I. Problematik des Gewinn- und Verlustausweises bei langfristiger Fertigung
 - II. Lösungsansätze
 - 1. Aktivierung des erworbenen Auftrags als immaterielles Wirtschaftsgut
 - 2. Bildung eines aktiven Rechnungsabgrenzungspostens
 - 3. Aktivierung der Auftragskosten als Vertriebskosten
 - 4. Ausweis von Teilgewinnen
 - III. Aussprache
- E. Gewinn-/Verlustübernahme bei Gesellschafterkonkurs
 - I. Gewinnabführungsvertrag zwischen Mutter-KG und Tochter-AG
 - II. Beherrschungsvertrag zwischen Mutter-KG und Unter-GmbH
 - III. Aussprache

6. Generalthema

Materiellrechtliche Erfahrungen aus Umsatzsteuerprüfungen (Typische Schwerpunkte aus aktueller Sicht)

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referent und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Düsseldorf Finanzministerium des Landes NRW

unter Berücksichtigung der Aussprache mit dem Referenten und Teilnehmern unter Leitung von:
Rechtsanwalt Dr. Günther Hallerbach, Duisburg Fachanwalt für Steuerrecht

und Mitwirkung von:

Dr. Günther Rau, Bonn, Referent für Umsatzsteuer und Verkehrsteuern im DIHT

- I. Fragen zum Leistungsaustausch
 1. Verzugszinsen und andere Zahlungszuschläge
 2. Echte Zuschüsse oder Entgelte
 3. Sachzuwendungen an Arbeitnehmer
 4. Agenturgeschäfte
- II. Grenzüberschreitender Geschäftsverkehr
 1. Umsatzsteuer-Abzugsverfahren
 2. Bestimmung des Leistungsortes nach § 3a UStG
- III. Steuersätze und ihre Änderungen
 1. Einräumung von Urheberrechten (§ 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. c UStG)
 2. Wegfall des ermäßigten Steuersatzes für freiberufliche Leistungen
 3. Abrechenbarkeit von Teilleistungen
- IV. Ausstellung von Rechnungen und Vorsteuerabzug
 1. Auswirkungen der „Gutschriften“-Urteile des BFH
 2. Vorsteuerverluste wegen mangelhafter Rechnungen
 3. Fehler bei Arbeitnehmer-Überlassungsverträgen
 4. Vorsteuerberichtigungen nach § 15a UStG

7. Generalthema

Dezentralisation von Unternehmen bei Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften

dargestellt an Hand einer Arbeitsunterlage mit Fallgestaltungen und Lösungshinweisen

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:

Steuerberater Dr. Bruno Hauber, Stuttgart

Teil A: Kapitalgesellschaft

Wirtschaftsprüfer Steuerberater Dipl.-Kfm. Max A. Hofbauer, München

Teil B: Personengesellschaft

unter Berücksichtigung der Aussprache mit den Referenten und den Teilnehmern unter Leitung von:
Dr. Georg Döllner, München Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof

und Mitwirkung von:

Ministerialrat Dr. Arno Bordewin, Bonn Bundesfinanzministerium

Professor Dr. Brigitte Knobbe-Keuk, Bonn

Dr. Lothar Woerner, München Richter am Bundesfinanzhof

Regierungsdirektor Viktor Sarrazin, Bonn Bundesfinanzministerium

Teil A: Kapitalgesellschaft

I. Fall 1

1. Aufspaltung einer Kapitalgesellschaft in Besitz- und Betriebsunternehmen durch Übertragung und Verpachtung des Gesellschaftsvermögens
2. Beurteilung
3. Aussprache

II. Fall 2

1. Spaltung einer Kapitalgesellschaft durch Einbringung eines Teils des Gesellschaftsvermögens in eine neu gegründete Kapitalgesellschaft
2. Beurteilung

III. Fall 3

1. Spaltung einer Kapitalgesellschaft durch Einbringung des Gesellschaftsvermögens in andere Kapitalgesellschaften und Liquidation der zu spaltenden Gesellschaft
2. Beurteilung
3. Aussprache zu den Fällen 2 und 3

Teil B: Personengesellschaften

I. Realteilung

1. Realteilung ohne Spitzenausgleich
 - a) Übernahme zum Buchwert
 - b) Übernahme zum Teilwert
 - c) Unterschiedliche Wahlrechtsausübung
 - 1.2 Vorbemerkungen
 - 1.3 Beispiel
 - 1.4 Aussprache
 - 1.5 Beispiel 2
 - 1.6 Aussprache
2. Realteilung mit Spitzenausgleich
 - a) Zuordnung von liquiden Mitteln und Verbindlichkeiten
 - b) Schuldaufnahme durch die Personengesellschaft
 - c) Zuzahlungen durch Gesellschafter
 - 2.2 Beispiel
 - 2.3 Aussprache
3. (Real-)Teilung zweier Personengesellschaften
 - a) Minderung des Anteils an einer Personengesellschaft
 - b) Wechselseitige Verminderung der Anteilsrechte bei zwei Personengesellschaften
 - 3.2 Vorbemerkung
 - 3.3 Beispiel 1
 - 3.4 Beispiel 2
 - 3.5 Aussprache

II. Betriebsaufspaltung

- a) Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung
 - i Voraussetzung und Folgen
 - ii Abgrenzung zum Sonderbetriebsvermögen gemäß § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG
 - b) Faktische (unechte) Betriebsaufspaltung
 - i Einheitlicher geschäftlicher Betätigungswille
 - ii Gewerbesteuerliche Behandlung der Besitzpersonengesellschaft
- 1.2 Vorbemerkungen
 - 1.3 Beispiel
 - 1.4 Aussprache
 - 1.5 Beispiel 2
 - 1.6 Aussprache
 - 1.7 Beispiel 3
 - 1.8 Aussprache